



Mittelbader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im In- und Auslande monatlich 1.50 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei: Enztal-Druckerei & Co., Wildbad; Verlags- und Anzeigenverwaltung: Filiale Wildbad. — Postfach 261/262 Stuttgart.
Anzeigenpreise: Im Einzelteil bis einschließlich 10 mm breite Zeilen 12 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote 8 Pf.; im Restteil bis 20 mm breite Zeilen 12 Pf. — Rabatt nach vorerwähntem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 5 Uhr nachmittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Überweisung notwendig wird, ist die Nachzahlung zu leisten.
Verlag: Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wildbadstr. 56, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Auf dem Wege zum Adria-Frieden?

Die Annäherung zwischen Rom und Belgrad

Vor etwa einer Woche hatte der neue italienische Gesandte in Belgrad, Graf Biola di Campalto, dem südslawischen Prinzerzogen Paul sein Beglaubigungsschreiben mit folgenden Worten übergeben:

„Ich bin von meiner Regierung mit der ausdrücklichen Erklärung beauftragt worden, daß ich auf eine wirkliche Wiederannäherung unserer beiden Länder hinarbeiten werde. Ich bin ermächtigt, abermals zu erklären, daß Italien gegen Südslawien nichts als freundschaftliche Gefühle hegt und in keiner Weise beabsichtigt, Südslawien in seiner Entwicklung zu beschwären oder seine Gebietshegemonie anzustreben. Im Gegenteil gedenkt Italien alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um zu einer herzlichen und tatsächlichen Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu gelangen.“

Um die ganze politische Bedeutung dieser Worte, die in der politischen Welt Europas geradezu eine Sensation hervorriefen, zu erfassen, ist es notwendig, kurz auf die Vorgeschichte einzugehen. Die Spannung zwischen Italien und Südslawien, kurz das Adria-Problem genannt, war nach einem kurzen Versuch freundschaftlicher Verständigung derart gespannt geworden, daß man mit der eines Tages kommenden kriegerischen Auseinandersetzung der beiden Länder wie mit einem unentrinnbaren Naturereignis rechnete. Der Streit um die Adria war allmählich zu einem starken Gefahrenherd für die Mittelmeerpolitik geworden. Deshalb hatte sich im Herbst des vergangenen Jahres der französische Außenminister Barthou vorgenommen, auf der seit langer Hand vorbereiteten Romfahrt das Adria-Problem aufzulösen und den Versuch zu unternehmen, einen Ausgleich zwischen Italien und Südslawien herbeizuführen. Um zu wissen, wie weit er dabei gehen konnte und durfte, erfolgte vor der Romreise Barthous die Einladung des südslawischen Königs Alexander nach Frankreich. Die Schiffe von Marseille, denen der König und Barthou zum Opfer fielen, machten der französischen Vermittlungsaktion ein Ende. Erst die Romreise Barthous im Januar dieses Jahres führte insofern zu positiven Erfolgen, als bei den römischen Abmachungen die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Italien in allen europäischen und afrikanischen Fragen festgelegt wurde.

Einen der wichtigsten Punkte der Abmachungen bildet der mitteleuropäische Nicht-Eingriffspakt, durch den die Souveränität Österreichs sichergestellt werden sollte. Bekanntlich sollen alle Nachbarstaaten Österreichs, im besonderen die sogenannten Nachfolgestaaten, zum Beitritt aufgefordert werden. Da zu diesen Nachfolgestaaten auch Südslawien gehört, ergab sich als unerlässliche Voraussetzung für die Bewirklichung dieses Nicht-Eingriffspaktes die vorherige Annäherung Roms und Belgrads zu dem Zweck, über die Adria-Frage zu einer Verständigung zu gelangen.

Genau beisehen, bestehen heute zwischen den beiden Ländern nur noch Gegensätze mehr psychologischer Natur. Die tatsächlichen Differenzen sind in den Nachkriegsjahren fast völlig beseitigt worden. Durch den Vertrag von Rom wurde die durch d'Munzio erfolgte Annexion Triumes zugunsten Italiens festgelegt. Der Vertrag von Nettuno, der im Juli 1925 abgeschlossen wurde und der eine Reihe wirtschaftlicher Fragen regelte, stand insofern unter einem ungünstigen Stern, als es über drei Jahre dauerte, bis das südslawische Parlament diesen Vertrag ratifizierte. Der Grund hierfür lag in dem albanischen Abkommen Italiens von 1926, durch das Italien auf dem westlichen Ufer der Adria weitere Stützpunkte sich sicherte. Südslawien glaubte, darin eine Bedrohung seiner Souveränität und seiner Staatshoheit erblicken zu müssen, so daß seit jenen Tagen in Belgrad ein offenes Mißtrauen gegen die Adria-Politik Mussolinis herrschte. Aus diesen psychologischen Verstimmungen heraus entwickelte sich schließlich ein Zustand allgemeiner Unsicherheit, die schließlich soweit um sich griff, daß man allseitig erkannte, die Frage des Donauraumes nicht eher lösen zu können, bevor nicht ein Ausgleich zwischen den beiden Ländern, die sich Gewehr bei Fuß gegenüberstanden, herbeigeführt worden wäre.

Wird es nun zu einem Adria-Frieden kommen? Es liegt auf der Hand, daß jede Entspannung auf diesem kriegerischen Brennpunkt zunächst für die Mittelmeer-Politik, darüber hinaus aber für die gesamte europäische Politik von großer Bedeutung sein muß. Dies gilt auch für den Fall, daß der Adria-Friede zunächst befristet würde. Angesichts der bedenklichen Anhäufung von Zündstoffen verschiedenster Art auf dem Balkan wäre es im Interesse des allgemeinen europäischen Friedens, bestimmt zu begrüßen, wenn wenigstens ein Teil davon unschädlich gemacht wird.

Dr. Göbbels in Hannover

Rede in sechs überfüllten Sälen

Hannover, 23. März. Reichsminister Dr. Göbbels traf am Freitag nachmittag von Wiesbaden kommend mit dem Sonder-

Tagesspiegel.

In Berlin wurde die große Ausstellung „Wunder des Lebens“ mit einer Ansprache des Reichsinnenministers Dr. Frick eröffnet.

Der englische Außenminister Sir John Simon und Lord Eden sind am Sonntag nachmittag zu den Besprechungen mit der deutschen Reichsregierung im Flugzeug in Berlin eingetroffen.

Bei den Dreier-Besprechungen in Paris wurde daran erinnert, daß der Besuch der englischen Minister in Berlin Informationscharakter trage, weiterhin wurde die völlige Solidarität der französischen, englischen und italienischen Regierung festgestellt.

Anlässlich des 16. Gründungstages der faschistischen Kampfbünde hielt Mussolini eine große Rede und verkündete zugleich die militärische Einberufung der ganzen Jahressklasse 1911.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht sprach bei der Arbeitstagung des Preussischen Staatsrates über die Lage Deutschlands in der Weltwirtschaft.

Im polnischen Sejm wurde am Sonntag die neue Verfassung mit 260 gegen 139 Stimmen angenommen.

Flugzeug in Hannover ein, um dort in einer gewaltigen Kundgebung in der Stadthalle zu sprechen. Er wurde allenthalben von begeisterten Volksmassen stürmisch begrüßt. Nach kurzen Begrüßungsworten des stellv. Generalsekretärs nahm Dr. Göbbels das Wort und wandte sich zunächst innenpolitischen Problemen zu, wobei er u. a. ausführte:

Der Nationalsozialismus habe keine Schuld getragen an den katastrophalen Zuständen, die er vorgefunden und die er schon immer aufs schärfste bekämpft habe. Er habe die Aufgabe übernommen, aus einem aus tausend Wunden blutenden Volkstörper einen gesunden und einheitlichen Organismus zu formen. Die Regierung könne heute feststellen, daß ihr das gelungen sei. Bei allen Maßnahmen mußte mit größter Vorsicht vorgegangen werden, um die mit jeder Revolution verbundenen Erschütterungen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Jede so große Umstellung sei zunächst kraftzerstörend, auch wenn sie in ihren Auswirkungen wieder kraftbildend sei. So sei auch die deutsche Revolution zunächst kraftzerstörend gewesen und habe erst nach einer kurzen Anlaufzeit wieder angefangen kraftbildend zu wirken. In Ländern, die von keiner außenpolitischen Gefahr bedroht seien, sei es leicht, eine solche Umstellung, wie sie eine Revolution mit sich bringt, durchzuführen. Eine Revolution aber in einem Lande durchzuführen, das in der Zwangsjacke eines unertäglichen Vertrages steckend, erfordere ein wohlbedachtes Zueinandergreifen der revolutionären Maßnahmen im Inneren und der notwendigen Maßnahmen nach außen. Bei diesen Schwierigkeiten hätte der Nationalsozialismus sagen können: Erst wollen wir die Wirtschaft antorbeln, dann erst können wir an sozialpolitische Maßnahmen denken. Die Regierung habe das nicht getan. Sie habe im ersten Winter nach der Machtübernahme ein Winterhilfswerk aufgebaut, das in seiner grandiosen Ausdehnung die sozialen Werte aller Zeiten in den Schatten stellte. Beim zweiten Winterhilfswerk hoffe sie den Erfolg des ersten Jahres zu überstrempeln. Wenn nun jemand sage, das Volk bezahle das ja, so müsse er erwidern, eine Regierung könne immer nur das ausgeben, was sie einnehme. Das Große sei ja gerade, daß das Volk der Regierung für einen einzigen Winter mehr als 350 Millionen anvertraue. Den früheren Regierungen hätte es diese Summe sicher nicht anvertraut. So habe der Nationalsozialismus nicht nur von Gemeinnutz geredet, sondern den Gemeinnutz in Erscheinung treten lassen.

Man könne sich heute nicht mehr vorstellen, daß noch vor zwei Jahren ein bayerischer Ministerpräsident gedroht habe, wenn von Berlin ein Reichskommissar eingesetzt werde, so werde er ihn verhaften lassen. Es werde auf abschbare Zeit in Deutschland keinen Staatsmann mehr geben, der auf die Lebensrechte seines eigenen Volkes verzichte, nur um damit die Welt zu beruhigen. Deutschland wolle nichts als die volle Gleichberechtigung mit den anderen großen Nationen. Als uns die Welt diese verweigerte, haben wir ihre Konferenzen verlassen. Wir haben am 16. März die Maßnahmen getroffen, um die Sicherheit unseres Volkes wieder der eigenen Kraft der Nation zu überantworten. Wir bauen keine Armee auf, um Krieg zu führen, sondern um den Frieden zu bewahren; denn nicht das bewaffnete, sondern das unbewaffnete Deutschland habe Europa beunruhigt. Die Welt sei durch das Wehrgebot vom 16. März nicht überrascht worden. Sie habe längst gewußt, was vor sich ging, ja sogar mehr als tatsächlich der Fall war.

Der Minister kam dann auf die Klage Frankreichs beim Völkerverbund zu sprechen und fragte, ob Frankreich dort auch gleichzeitig über seine eigene Nichtbefähigung verhandeln lassen wolle, durch die es selbst den Versailles-Vertrag verletzt habe. Warum antworte Frankreich nicht auf die Friedensangebote, die ihm von Deutschland gemacht worden seien? Es werde erkennen müssen, daß Deutschland ehrlich den Frieden wolle, Aberdinas wolle Deutschland als gleich-

berechtigter Großmacht behandelt werden. Von dieser Entschlossenheit sei es nicht mehr abzubringen, mit dieser Tatsache müsse die Welt sich abfinden. Die Völker hätten längst erkannt, daß es nichts gebe, was den Frieden gefährden müsse, niemand wolle den Krieg; warum also rede man immer vom Krieg? Niemand wolle ein wirtschaftliches Chaos, warum spiele man damit? Deutschland wolle nichts anderes als das, was die anderen Völker als ihr selbstverständliches Recht beanspruchen: Die Ehre und die nationale Souveränität. Es sei andererseits gewillt, diese auch allen anderen Völkern zuzuerkennen. Es habe keinen Ehrgeiz, kriegerische Lorbeeren zu suchen, denn es habe große innere Aufgaben vor sich: die konsequente Fortführung der Arbeitsschlacht, die Erzeugungs-schlacht und die große Reichsreform.

Wenn man heute eine Jugend auf den Straßen in den nationalsozialistischen Formationen, im Arbeitsdienst und in der Wehrmacht marschieren sehe, eine Jugend, die unter dem vergangenen Regime auf den Stempelstellen hätte verwahtlosen müssen, so wisse man, daß hinter dem nationalsozialistischen Aufbau ein ganzes Volk stehe, gewillt, das Regime Adolf Hitlers gegen seine Feinde zu schützen, gewillt aber auch, nach besten Kräften am Neubau einer besseren Weltordnung mitzuarbeiten.

Die Rede wurde immer wieder vom stürmischen Beifall unterbrochen. Dr. Göbbels flog gleich nach Beendigung der Massenkundgebung nach Berlin zurück.

Grundzüge der nationalsozialistischen Erziehung

Im Anschluß an Ausführungen des Ministerpräsidenten Göring auf der Arbeitstagung des preussischen Staatsrates sprach der Reichs- und preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Rust, über die Grundzüge der nationalsozialistischen Erziehung und Bildung.

Rust stellte seinem zweistündigen Vortrag ein Wort Adolf Hitlers voran, das programmatisch ist für die Aufgabe von Staat und Partei. Der Führer sprach im November 1933 anlässlich einer Führertagung folgendes: „Seit zweieinhalb Jahrtausenden sind fast sämtliche Revolutionen daran gescheitert, daß ihre Führer nicht wußten, daß nicht die Eroberung der Macht, sondern die Erziehung des Menschen das Entscheidende ist.“ Es liegt auf der Hand, daß hier nicht von einer Erziehung die Rede sein kann, die sich im Rahmen der Schule hält und als Aufgabe der Herrschaft am Rande ausgeübt wird.

In eingehenden Ausführungen behandelte Rust die Erziehungsfaktoren des zweiten Reiches; er verwies auf die mangelnde Uebereinstimmung zwischen den beiden großen Erziehungsfaktoren Schule und Heer. Sodann führte er weiter aus:

Immer stärker hat sich im Laufe des Jahrhunderts unter dem Einfluß des gerade in Deutschland wieder mächtiger werdenden Liberalismus die rein intellektuelle Ausbildung entwickelt. Die Folge war eine vollständige Ausschöpfung der Volksschule. Immer stärker erhob der Individualismus sein Haupt. Das Volkstheater als Erzieher schied aus, in der Volksschule aber entstand nach dem 9. November 1918 die sogenannte weltliche Schule. Wir wollen lieber sagen, eine die inneren Grundlagen unseres Lebens verneinende marxistische Klassen- und Berufsschule. Im sogenannten höheren Bildungswesen verzichtete man immer mehr auf autoritäre Führung und löste Schule und Unterricht zugunsten individueller Ansprüche auf. Ich danke dem Schicksal, daß uns dieses System nicht noch die sogenannte Schulreform beschert hat. Wer das System gekannt hat, weiß, daß die Weltanschauungslosigkeit eigentlich charakteristisch dafür war. Im Zeichen der Weltanschauung wurden Parteien gegründet. Trumpf aber wurde die grundsätzliche Preisgabe jeder Weltanschauung zugunsten von Macht, Einfluß und Position. In dieser Atmosphäre konnte natürlich eine Schule, die wir gebrauchen konnten, nicht entstehen.

Die neue deutsche Schule muß von jener Bewegung ausgehen, die den neuen Staat geschaffen hat, der Bewegung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Die Eroberung des Staates allein ist keine geschichtliche Sicherheit für das Regiment. Unsere Flagge muß von der nächsten Generation auch noch verteidigt werden. Darum kommt es darauf an, daß sie aus vollständig erwachsenen Deutschen besteht. Es ist allererste Aufgabe, neue Menschen zu schaffen. Die Tugenden, die im Kampfe um die Macht zwangsmäßig naturgemäß entwickelt worden sind, müssen auch in der Erziehung entwickelt werden. Man kann nicht einen Staat Adolf Hitlers erobern mit den Tugenden des Mutes, der Fähigkeit und der Treue, in der Schule aber weiter einseitig einen faden Intellektualismus züchten. Voraussetzung für die Schaffung einer Jugend, die unseres Geistes ist, ist die erforderliche Zahl der diesen Anforderungen gewachsenen Lehrer. Hier mußte deshalb zuerst angelegt werden. Das Seminar wird jetzt auch in Bayern zu Grabe getragen und kommt bestimmt nicht wieder. Das Seminar ist ein vollständiges Uding, weil es die Allgemeinbildung mit der Lehrerbildung vermischt hat. Das hat auch das System schon erkannt und an Stelle der Lehrerseminare die pädagogischen Akademien geschaffen. Man schuf aber damit eine mindere Wiederholung der Hochschulen, ein Surrogat, nicht aber das Neue, wonach die Bildung einer unverfälschten deutschen Jugend verlangt. Wenn ich Blut und Boden, d. h. Volk und Heimat, als die Grundkräfte der deutschen Nation



tes erkannt habe, dann muß auch die Erziehung und Bildung aus ihnen heraus entwickelt werden und dementsprechend auch die neue Lehrerbildung.

Es wäre geradezu selbstmörderisch, wenn ich den künftigen Landeshauptlehrer in die Pflichten der Großstadt hereinnehme. Wir haben den umgekehrten Weg zu gehen.

Damit komme ich zu einem zweiten Punkt: Wenn ich den Lehrer nun einfach aus der Großstadt herausnehme und lasse ihn dort, wo er sich bilden und im übrigen alles beim alten, so wird sich nichts wesentliches ändern. Man muß vielmehr mit dieser Verlegung des künftigen Lehrers auf das Land noch eine neue Methode der Erziehung und der Wissenschaft für die Lehrerbildung beginnen. Die Universitäten mit ihrem heutigen Bildungsstand sind für den künftigen Lehrer ein Labrynth, aus dem sich nur wenige herausfinden können. Wir müssen aber dem künftigen Lehrer die Möglichkeit zur Forschung an der letzten Quelle geben. Diese liegt draußen, und deshalb haben wir den Schwerpunkt der Lehrerbildung in stark landschaftlich gebundene Hochschulen gelegt.

Ein zweiter Anlaß für neue Erziehungsformen ist in den nationalpolitischen Erziehungsanstalten entwickelt worden. In diesen ist voller Ernst gemacht mit der Charakterbildung durch Körperkultur und Wettkampf. Aus einer Schülerpension wurde außerdem ein Instrument nationalsozialistischer Gemeinschaftserziehung.

Kommen wir nun von den Grundlinien der Erziehung zu denen der Bildung, so wird vielleicht erwartet, daß nun die neuen Lehrpläne aufgezeigt werden. Ich gehe bei der Erneuerung der Schule von dem gleichen Grundsatze aus, um dessentwillen wir Nationalsozialisten angetreten sind: daß es unsere Aufgabe sein muß, über alle jene trennenden Dinge, deren Existenz wir nicht zu beseitigen vermögen, eine politische Gemeinschaft zu schaffen, in der das Bewußtsein von der schicksalsmäßigen Einheit aller deutschen Menschen wahrgenommen wird.

Es gab nach der Eroberung der Macht Menschen, die der Meinung waren, die NSDAP. könne nun demobilisieren. Sie konnten das nicht und wird es auch in Zukunft nicht tun. Es wird immer einen Lebenskampf um Brot und Geltung geben. Man kann ihn nicht beseitigen, weil er naturgegeben ist. Was ich aber schaffen kann und was ich schaffen muß, ist eine Gegenkraft der politischen Solidarität. Diese Gegenkraft ist gegründet in gemeinsamem Bewußtsein und im Zwange des Schicksals. Sie ist zusammengefaßt in der NSDAP.

Der Minister entwickelte dann die Stellung der NSDAP. zum Christentum und zu den beiden christlichen Kirchen. Weder die Reformation noch die Gegenreformation hat das ganze Deutschland voll erobert und damit die Möglichkeit einer christlichen Staatsreligion geschaffen. Wenn das nationalsozialistische Programm sich zum positiven Christentum bekennt, so könne bei einem in zwei Konfessionen getheilten deutschen Volk nicht ein Bekenntnis zum christlichen Dogma, sondern nur zum praktischen Christentum ausgesprochen sein. In der christlichen Ethik könnten sich beide Konfessionen finden, im Dogma müsse sich das Volk entzweien. Der Nationalsozialismus habe den Fehler vermieden, auf Wahrscheinlichkeiten aufzubauen. Es sei aber unwahrscheinlich, daß sich an dem Zustand der konfessionellen Spaltung etwas wesentliches ändere. Wollte man trotzdem ein einiges Volk schaffen, so müsse das Gefühl des Getrenntseins in Konfessionen überwunden werden durch ein alles beherrschendes Bewußtsein, deutscher Volksgenosse zu sein. Eine Erziehung in dieser Richtung sei für die verantwortliche Staatsführung Zwang.

Die englischen Minister in Berlin

Berlin, 24. März. Der englische Außenminister Sir John Simon und Vordirektorbewahrer Eden sind am Sonntag nachmittag um 17.30 Uhr in einem Sonderflugzeug der Imperial Airways auf dem Berliner Zentralflyghafen Tempelhof gelandet.

In der Umgebung des Flughafens hatte sich am Sonntag nachmittag eine nach vielen Tausenden zählende Menge angesammelt. Das Flughafengelände selbst war bis auf den letzten Platz von Zuschauern gefüllt. Bald nach 17 Uhr fanden sich die amtlichen Persönlichkeiten ein: Der englische Botschafter Sir Eric Phipps mit den Herren der Botschaft, Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, der Staatssekretär in der Präsidialkanzlei Dr. Meißner als persönlicher Vertreter des Führers und Reichs-

kanzlers, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Bülow, der Chef des Protokolls Graf Bassow, Ministerialdirektor Dönhoff vom Auswärtigen Amt.

Die inländische und ausländische, insbesondere die englische Presse, war ebenfalls zahlreich vertreten. Auf dem Rossfeld war der erste Sturm der Leibgardie Adolf Hitler als Ehrenbereitschaft angetreten. Pünktlich um 17.30 Uhr setzte das Flugzeug zur Landung an. Als erster verließ Außenminister Sir John Simon das Flugzeug. Er begrüßte den Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, mit dem er sich eine Zeitlang unterhielt; er begrüßte weiter den englischen Botschafter, die Staatssekretäre und die übrigen zum Empfang erschienenen Persönlichkeiten. Nach Simon verließ Vordirektorbewahrer Eden das Flugzeug. Auch er tauschte Grüße mit den offiziellen Persönlichkeiten aus.

Die Minister bestiegen darauf die bereitstehenden Kraftwagen. Im ersten Wagen nahm Reichsaußenminister Freiherr von Neurath neben dem englischen Außenminister Sir John Simon Platz. Die englischen Gäste wurden von dem vieltausendköpfigen Publikum lebhaft und freundlich begrüßt. Die Fahrt ging vom Flughafen zum Hotel Adlon, wo die englischen Minister Wohnung nahmen.

Die Fahrt ging zunächst zur englischen Botschaft, wo gemeinsam der Tee eingenommen wurde. Als die Minister in der Wilhelmstraße eintrafen, hatte sich hier, wie auch vor dem Hotel Adlon und in der Straße Unter den Linden, eine große Menschenmenge angesammelt, die den Ministern einen herzlichen Empfang bereitete.

Sir John Simon über seine Berliner Reise

London, 24. März. Außenminister Sir John Simon erklärte vor seiner Fahrt nach Berlin: Ich erwarte keine plötzlichen Ergebnisse, dazu sind die Probleme zu umfangreich und zu schwierig. Wir werden aber mit dem Einsatz aller Kräfte um unser Ziel kämpfen. Unser aller Ziel ist: Friede auf Erden und guter Wille unter den Menschen.



(Deutsches Nachrichtenbüro.)

Zum englischen Ministerbesuch

Am Sonntag trafen der englische Außenminister Sir John Simon (links) und der Vordirektorbewahrer Eden (rechts) in Berlin ein.

Londoner Stimmen zum Besuch

London, 23. März. „Ein neuer und entscheidender Abschnitt in den gegenwärtigen europäischen Verhandlungen beginnt während dieses Wochenendes“, schreibt der diplomatische Mitarbeiter der „Morning Post“ und gibt damit die Ansicht der gesamten englischen Presse wieder, die dem bevorstehenden englischen Mi-

nisterbesuch in Berlin mit größter Spannung und Erwartung entgegen sieht.

Unter der Überschrift „Eine schicksalsschwere Sendung“ erklärt „News Chronicle“ in einem Leitartikel: „Sir John Simon beginnt seine Sendung in Berlin mit den ernstesten guten Wünschen aller Männer und Frauen von gutem Willen.“ Die gemäßigten Rede des französischen Außenministers Laval in der Kammer könne nach Drohungen des Kriegsministers Maurin und den Vorkerbreden von Franklin-Bouillon als ein gutes Vorzeichen betrachtet werden. Was den Plan betreffe, weitere internationale Konferenzen nach der Zusammenkunft in Comö abzuhalten, so hänge ihr Wert ganz von den Ereignissen in Berlin ab.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail“ meldet, daß die englische Regierung die Einberufung einer europäischen Mächtekonferenz einschließlich Deutschlands nach London plane, wenn die Berliner Besprechungen erfolgreich ausfallen. Die britischen Minister läßen dem Ergebnis des Berliner Besuchs hoffnungsvoll entgegen. Man sei der Ansicht, daß ein mittelbarer und offener Meinungsaustrausch zwischen dem Führer und dem englischen Außenminister viele Fragen lösen könne. Auch wenn Deutschland weitere Forderungen für die deutsche Rüstungsgleichberechtigung stellen sollte, werde dies Sir John Simon wahrscheinlich nicht abhalten, die deutsche Regierung zur Teilnahme an einer Konferenz am runden Tisch einzuladen, auf der die Zukunft Europas ruhig erwogen werden sollte. Der englische Vorschlag für die baldige Einberufung dieser Konferenz werde voraussichtlich auf der geplanten Dreier-Zusammenkunft zwischen England, Frankreich und Italien nach dem Berliner Besuch gemacht werden.

Der Berliner Berichterstatter der „Times“ meldet, Deutschland sei entschlossen, sich durch keine juristische Formlichkeit in Genf oder irgend etwas anderes die „militärische Souveränität“ wieder nehmen zu lassen, die es durch sein Wehrverbot errungen habe. „Der Völkerverbund wird nicht anziehender für Deutschland gemacht durch den Gedanken, daß Deutschland bei seiner Rückkehr nach Genf sogleich in die Lage eines Angeklagten treten würde, der sich gegen eine Beschuldigung zu verantworten hat.“

Dr. Schacht über die Wirtschaftslage Deutschlands

Berlin, 24. März. Reichsbankpräsident Dr. Schacht sprach auf der Arbeitstagung des Preussischen Staatsrates über die Lage Deutschlands in der Weltwirtschaft und führte aus, daß sich die deutsche Wirtschaftspolitik bei jeder andere von dem einen Grundsatz der Selbstbehauptung leiten lassen müsse. An Hand eingehender Unterlagen zeigte Dr. Schacht die Entwicklung der Weltwirtschaft auf, deren heutige Situation dadurch charakterisiert sei, daß der gesamte Weltmarkt 1934 sich nur noch auf ganze 90 Milliarden beläuft gegen 280 Milliarden im Jahre 1928. Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, in denen sich Deutschland wirtschaftlich befinde, sei der deutsche Außenhandel nicht wesentlich zurückgegangen als der Außenhandel seiner Hauptkonkurrenzländer. Dr. Schacht schilderte die finanziellen und wirtschaftlichen Ursachen dieses Rückganges, Friedensdiktate, Besatzung, internationale Verfallung und Devisenschwierigkeiten und wies darauf hin, daß der als Gegenwirkung gedachte Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Ländern ein Wettlauf um die immer mehr zusammenschrumpfende Kaukraft in der Welt geworden sei. Eine Reihe Länder habe versucht, durch eine Einschränkung des Lebensstandards und der Produktionskosten, durch die sogenannte Deflation, ihre Konkurrenzfähigkeit auszuhebeln. Diese Maßnahmen seien mit einer ungeheuren Kreditausweitung verbunden und führten zu einer Scheinblüte, die im weiteren Verlauf zum Verhängnis führte. Demgegenüber hätten die bedrohten Länder, deren Märkte erobert werden sollten, zu anderen Mitteln gegriffen. Sie hätten sich gegen fremde Waren abgesperrt. Als Gegenmittel gegen die Außenhandelsbeschränkung hätten einzelne Länder zu dem Mittel der Binnenmarktbelebung gegriffen.

Wie in Deutschland, so betonte Dr. Schacht, haben ein vorbildliches Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht nur aufgestellt, sondern auch durchgeführt, und haben mit Erfolg alles getan, um der Arbeitslosigkeit innerhalb der Reichsgrenzen nach Kräften zu begegnen.

Was nun Deutschlands Außenhandel betrifft, so haben wir auch im Jahre 1934, wo es uns im internationalen Geschäft am schlechtesten ging, immer noch eine Einfuhr von 4,2 Milliarden RM. gehabt, davon waren 50 v. H. also

Auch in Bulgarien waren die Sensationsmeldungen italienischer und amerikanischer Blätter nicht unbeachtet geblieben.

Michael Menschikoff, Professor der Naturwissenschaften an der Universität in Sofia, hatte am 19. September von ihnen Kenntnis erhalten, als seine Schwestern Miona und Franca in der Nacht von ihrer Reise nach Agoran zurückgekehrt waren.

Er war tief erschüttert.

Antonio ein Mörder?

Dieser wunderbare Mensch, der ihm das Leben gerettet. Vielleicht war es nur eine Eiferhüftstat. Eine Handlung im Affekt. Er kannte das zügellose Temperament Antonios. Aber da stand es doch schwarz auf weiß: „Dem Mörder sind Juwelen im Werte von über eine Million Dollars in die Hände gefallen.“

Entsetzlich!

Hatte der Krieg diesen Dr. Antonio Stradella demoralisiert?

Diesen Gedanken ging er nach, als Miona und Franca ihm am anderen Morgen die Grüße Antonios überbrachten.

Michael Menschikoff erlebte bis in die Haarwurzeln.

„Was ist Dir, Michael?“ fragte Franca ihn bestürzt.

„Ihr habt Antonio Stradella getroffen?“

„Ja, Brüderchen. Im Orient-Express. Er war feinerer Dinge. Er war auf dem Wege nach Trapezunt und wird uns besuchen, wenn er zurückkehrt.“

Michael Menschikoff sprang erregt von seinem Sessel.

„Er wird uns besuchen?“

„Ja, Brüderchen. Ist es Dir nicht recht?“

Michael zog das „Journal Bulgaria“ hervor.

„Best dies“, sagte Michael in höchster Erregung. Den Schwestern tanzten die Lettern vor den Augen.

Was war das?

„Raubmord am Vido. Der Täter Dr. Antonio Stradella geflüchtet.“

Ein markerschütternder Schrei erfüllte das Zimmer. Franca Menschikoff sank in die Arme ihres Bruders Michael.

„Bei allen Heiligen, Michael, das kann nicht wahr sein.“

(Fortsetzung folgt.)

Das Rätsel um Dr. Antonio Stradella

KRIMINALROMAN VON WILL WESTER

14

Niemand hörte ihn in seinen Empfindungen. Der Bauer war tagtäglich abwesend und sein Weib versorgte mit zwei Töchtern das kleine Hauswesen und den Kramladen.

Am Abend kam der alte Doktor aus Sansun. Auf einem Maulesel kam er an.

Dr. Stradella betrachtete es als Glück, daß er sich mit ihm notdürftig in bulgarischer Sprache unterhalten konnte, die er gelernt hatte, als er im Sommer 1917 in Risch Chefarzt des Feldlazarettis war.

Dieser alte Armenter war nicht wenig erstaunt, als er hörte, in seinem Patienten einen italienischen Kollegen vor sich zu haben. Das war Anlaß genug, das Blauderständchen auszuweihen, weil in diesem weltverlorenen Nest es außer Fieberkranken für den alten Doktor in Sansun nichts von Bedeutung gab, höchstens, daß einmal der „Osmanische Lloyd“ sich in diesen entlegenen Weltwinkel verirrte. Allzuoft kam das aber nicht vor.

So verging Tag um Tag.

Keine Nachricht drang zu dem Patienten. Ein wenig Seküre brachte ihm der Armenter mit, soweit seine bescheidene Bibliothek das erlaubte.

Einsmal, Dr. Stradella wußte selbst nicht, wie es gekommen war, kam man auf die kriegerischen Ereignisse des Balkans zu sprechen. Dr. Abramowitsch zeigte sich außerordentlich gut informiert. Es stellte sich nämlich heraus, daß er vor dem letzten Balkankriege im Jahre 1912 in Sofia eine Zeitlang praktiziert und während dieser Zeit eine Anzahl von Persönlichkeiten kennengelernt hatte, die als „hochpolitisch“ galten.

„Sagen Sie, lieber Freund, dann müßte Ihnen eigentlich auch der General Menschikoff bekannt sein, der vor dem letzten Balkankriege in der bulgarischen Politik eine große Rolle spielte“, bemerkte Dr. Stradella.

„Menschikoff? Wie kommen Sie auf ihn?“

„Es ist so ein Einfall von mir. Ich kenne den Sohn; er war bei den Kämpfen an der Cerna im Sommer 1917 schwerverwundet worden und ich hatte das Vergnügen, ihn wieder zusammenzuflicken.“

Dr. Jossif Abramowitsch machte ein etwas erstauntes Gesicht.

„So, so... Sie kannten den Sohn? Zu meiner Zeit war er noch ein Knäblein, aber schon ein forscher Junge. Ja, und was den General Menschikoff anbelangt: den habe ich besser gekannt als mir lieb ist... Sonst läße ich vielleicht noch in Sofia und nicht als armerlicher Dorfarzt an der Küste des Schwarzen Meeres.“

„Erzählen Sie, Jossif Abramowitsch... Erzählen Sie!“

„Da gibt es eigentlich nicht viel zu erzählen. Antonio Stradella Dieser General Menschikoff war der Vertraute König Ferdinands und... ein Verräter.“

„Ein Verräter an der bulgarischen Sache?“

„Jossif Abramowitsch, dann gehören Sie zu den Kreisen um Popowitsch, der ein Gegner König Ferdinands war. Popowitsch wurde wegen hochverräterischer Umtriebe erschossen. Das war, ich weiß es noch genau, am 18. Oktober 1911, als ich in Mailand am Spital St. Josefus assistierte.“

„Sie haben ein bewundernswertes Gedächtnis, lieber Freund. Wie kam es, daß Sie als blutjunger Arzt für diesen Fall sich so interessierten?“

„Das Schicksal ist stärker als die Menschen. Was kümmert uns heute der Verräter Menschikoff, von dem ich nicht einmal weiß, ob er noch am Leben ist.“

„Ich weiß es nicht, Jossif Abramowitsch. Im Sommer 1920 lebte er noch. Ich weiß es aus den Briefen Michaels an seine Eltern und Geschwister. Kennen Sie die Schwestern Michaels?“

„Doch! Ich erinnere mich. Aber wie hießen sie doch noch?“

„Ich weiß es, Jossif Abramowitsch, Miona und Franca.“

„Richtig! Zwei Prachtmädel.“

„Aber nun wollen wir es genug sein lassen für heute, Antonio Stradella. Ein nächstes Mal mehr davon. Wünsche eine gesegnete Nacht.“

über 2 Milliarden RM., industrielle Rohstoffe, die wir nun nicht etwa nur für die Ausfuhr in Fertigfabrikaten gebrauchen, sondern die wir auch für unseren Markt nötig haben. Neben diesen 50 v. H. für industrielle Rohstoffe werden 35 v. H. der Gesamteinfuhr von 4,2 Milliarden RM. für Nahrungs- und Genussmittel benötigt, d. h. auch hier braucht der deutsche Markt große Zufuhren aus dem Auslande. Durchaus richtig ist es, daß die reinen Löhne in Deutschland sicherlich von dem einen oder anderen der sonstigen Industrieländer übertroffen werden. Eins aber ist sicher: Die ganzen öffentlichen Einrichtungen, also alles, was über Essen und Trinken hinausreicht, alles, was von Staats- und Gemeindefinanzmitteln aus dem Ausland zur Verfügung gestellt haben, und zwar an Kunst, Hygiene, Sport und allen möglichen anderen Dingen, das übertrifft in seiner Gesamtheit doch den Lebensstandard zahlreicher anderer Länder. Das Entscheidende ist, daß wir von diesem Lebensstandard nicht herunterwollen, denn in diesem Lebensstandard liegt eine so große geistige und moralische Spannkraft, daß die ganze Zukunft des deutschen Volkes gefährdet wäre, wenn wir in ein reines Begehren des Essens, Trinkens und Kleidens herabsinken. Selbstverständlich können wir die große Einfuhr nicht aufrechterhalten, wenn wir keinen entsprechenden Export haben.

In längeren Ausführungen gab der Reichsbankpräsident dann ein anschauliches Bild über das Währungschaos in der Welt, das beseitigt werden muß, weil der Weltmarkt einen solchen Zustand nicht erträgt, sowie über den in Deutschland beschrittenen Weg der Exportförderung. 28 Länder haben heute eine Devisenbewirtschaftung, also keine freie Währung mehr, während die übrigen 34 Länder, die noch eine freie Währung haben, für den Weltmarkt zum Teil nur geringe Bedeutung haben. Von den bedeutenden Ländern sind ohne Devisenbewirtschaftung nur noch das Britische Reich, dann Frankreich, Holland, Polen, die Schweiz, Skandinavien und die Vereinigten Staaten.

Drei Probleme stehen für uns im Augenblick im Vordergrund: die Rohstoffbeschaffung, die Auslandsverschuldung und die Devisenbeschaffung. Bei der Erörterung der Rohstoffversorgung gab Dr. Schaack einige bemerkenswerte Details über den Stand der wissenschaftlichen Forschung und ihrer Ruhbarmachung, über die von Deutschland eingeschlagenen Wege zur Sicherung der Rohstoffversorgung, das System der Ueberwachungsstellen u. a. m. Heute zeigen sich Rückwirkungen der deutschen Politik auf das Ausland in erstaunlichem Umfange: Das Ausland beginnt nämlich an dem Bezug deutscher Waren selbst ein Interesse zu nehmen, gerade die Rohstoffländer, die uns mit Rohstoffen beliefern, geben immer deutlicher zu verstehen, daß sie im direkten Verkehr mit Deutschland die deutschen Waren aufnehmen wollen, weil nur in der Aufnahme deutscher Waren für sie die Möglichkeit besteht, Rohstoffe an uns abzulehnen. In dieser Richtung wird ständig handelspolitisch gearbeitet.

Dr. Schaack schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Die deutsche Wirtschaftspolitik sieht vor großen Aufgaben. Die Frage, ob wir diese Aufgaben meistern werden, ist eine Frage des Schicksals. Wir gehen an sie heran nicht mit bloßen theoretischen Ueberlegungen, sie ist nur mit einem einzigen Grundgesetz heute zu lösen, das ist der Grundsatz des Handelns, des Willens, des Kampfes und Sichbehauptens, des Glaubens an den Erfolg und des Zusammenfassens aller Kräfte, um diesen Erfolg unter allen Umständen zu erzielen.“

Am 1. April Verreichlichung der Justiz

Drei weitere Verordnungen zur Justizhoheit

Am 1. April tritt die „Verreichlichung der Justiz“ in Kraft. An diesem Tage wird die Uebernahme der Länderjustizverwaltung durch das Reich formal abgeschlossen sein. Rund 65.000 Beamte und etwa 2000 Behörden werden dabei vom Reich übernommen. Zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich werden jetzt im Reichsgesetzblatt drei weitere wichtige Verordnungen im Bereich der Reichsjustizverwaltung veröffentlicht. Die erste dieser neuen Verordnungen regelt zur Schaffung eines einheitlichen Dienststrafrechts für die richterlichen und nicht-richterlichen Beamten der Reichsjustizverwaltung übergangsweise das Dienststrafverfahren.

Es werden einheitlich die Dienststrafgerichte für das ganze Reich bestimmt. Als Dienststrafgericht erster Instanz wird aus jedem Oberlandesgerichtsbezirk eine Dienststrafkammer gebildet, deren Vorsitz der Präsident des Oberlandesgerichts übernimmt. Beisitzer sind ein richterlicher Beamter und ein Beamter der Laufbahn, der der Angeklagte angehört. Als zweite Instanz wird ein Dienststrafsenat beim Reichsgericht gebildet. Den Vorsitz wird hier der Reichsgerichtspräsident führen, dem zwei richterliche und zwei Beamtendeisiger zur Seite stehen.

Die zweite Verordnung (Verordnung zur Durchführung des dritten Gesetzes zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 19. März 1935) bezieht die Justizbehörden von juristischen Aufgaben und überträgt diese auf die Landesverwaltungsbehörden. Zu solchen Aufgaben gehören vor allem Verwaltungsgeschäfte in Personalstandsangelegenheiten, öffentlich-rechtliche Namensänderungen, Verwaltungsgeschäfte in Vereins- und Stiftungssachen und Verfügung über als erblos festgestellte Nachlassmassen.

Die dritte Verordnung, die Verordnung über Änderung des Gerichtswesens in Bayern vom 19. März 1935, hebt mit dem 1. April das Bayerische Oberste Landesgericht und die bei ihm bestehende Staatsanwaltschaft auf. Das Bayerische Oberste Landesgericht war bisher an Stelle des Reichsgerichts Revisionsinstanz in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gegenüber bayrischen Gerichten.

Die Deutsche Rechtsfront wird am 1. April aus Anlaß der endgültigen Ueberleitung der Länderjustizverwaltungen auf das Reich im Festsaal ihres Hauses in Berlin eine große Kundgebung veranstalten.

Die Pariser Dreier-Besprechungen

Paris, 24. März. Am Schluß der französisch-englisch-italienischen Besprechungen in Paris am Samstag ist folgende Verlautbarung ausgegeben worden:

Außenminister Laval, Vordirektorbewahrer Eden und Unterstaatssekretär Suwisch sind am Samstag am Quai d'Orsay zusammengetroffen und haben einen Meinungsaustausch über die allgemeine Lage vorgenommen. Im Laufe der Aussprache ist daran erinnert worden, daß der Besuch der englischen Minister in Berlin einen Informationscharakter hat, und daß der Rahmen und der Gegenstand ihrer Besprechungen dem entspricht, was in der Londoner Verlautbarung vom 3. Februar ausgemacht worden ist, auf der sich die Einheit der Ansichten der Regierungen in London, Paris und Rom begründet. Es ist beschlossen worden, daß die Außenminister Englands, Frankreichs und Italiens sich nach dem Berliner Besuch und den anderen englischen Besuchen in Moskau, Warschau und Prag, die denen die französische und italienische Regierung die Engländer mit ihren Wünschen begleiten, am 11. April in Stresa zusammen treffen werden. Außenminister Laval, Lord-

Regelbewahrer Eden und Unterstaatssekretär Suwisch haben mit Befriedigung die völlige Solidarität ihrer Regierungen festgestellt.

Frankreich bleibt bei seiner Ansicht

Paris, 24. März. In französischen politischen Kreisen legt man offenbar Wert darauf, nach der Beendigung der Besprechungen erneut zu betonen, daß man stark an der bisherigen Einstellung festhält. So wird erzählt, Laval habe, wie schon in der Protestnote, auch heute erklärt, die französische Regierung wolle bei den laufenden Verhandlungen den amtlichen deutschen Beschluß auf Wiedereinführung der Wehrpflicht und auf Schaffung eines Heeres von 36 Divisionen nicht berücksichtigen. Er ist der Auffassung, daß ein solches Heer Deutschland Ueberlegenheit gegenüber den Armeen der Nachbarstaaten und nicht nur die geforderte Gleichheit verleihen würde. Die Verhandlungen, die etwa im Hinblick auf ein Rüstungsbeschränkungsabkommen wieder aufgenommen werden könnten, müßten daher, wie die bestehenden Abkommensentwürfe, das durch den Versailler Vertrag festgelegte Militärstatut zur Grundlage haben. Laval habe ferner den Willen Frankreichs betont, den gegenseitigen Beistandspakt für Osteuropa verwirklicht zu sehen, ebenso auch den Mitteleuropapakt, die beide die Billigung Roms und Londons hätten. An der Verlautbarung über die heutige Zusammenkunft wird französischerseits besonders die Stelle hervorgehoben, in der von der Einmütigkeit in der Auffassung der drei beteiligten Mächte die Rede ist. Ihr wird der für die französische Gesamtpolitik günstigste Sinn untergelegt.

Reichsfeldleiter Hadamovski eröffnet den deutschen Fernsehbetrieb

Berlin, 23. März. Im Berliner Funkhaus eröffnete Reichsfeldleiter Hadamovski inmitten eines kleinen Gästekreises den deutschen Fernsehprogrammtrieb. Mit den Worten: „Achtung! Achtung! Hier Ultrafunksender Wittenberg auf Welle 7,06 Meter. Erster regelmäßiger Fernsehbetrieb!“ leitete der Professor der Reichsfeldleitung, Böle, den Abend ein. Er wies darauf hin, daß die Zeit eines bisher unbegreiflichen Wunders begonnen habe und einer der kühnsten Menschenträume dank der geistigen Schöpferkraft der deutschen Wissenschaftler und der Präzisionsarbeit der deutschen Arbeiter verwirklicht worden sei. Auf deutschem Boden vollziehe sich in diesem Augenblick ein Kulturfortschritt, der einmal als Krönung vieler technischer Glanzentwicklungen der Vergangenheit angesehen werden würde. In dieser Stunde sei der Rundfunk berufen, die größte und heiligste Mission zu erfüllen: das Bild des Führers unaussprechlich in alle deutschen Herzen zu pflanzen. Es sei jetzt Aufgabe der Industrie, auf der nächsten Funkausstellung einen in beliebigen Mengen lieferbaren Fernsehapparat auf den Markt zu bringen.



(Deutsches Nachrichtenbüro.)

Fernseh-Versuchsbetrieb in Berlin eröffnet

Am 22. März abends lief der erste Fernseh-Tonfilm über den Ultra-Kurzwellen-Sender Berlin in alle Welt. Die Reichsrundfunkgesellschaft sendet in Zukunft jede Woche dreimal abends einen Spielfilm und aktuelle Tagesereignisse. Links-Tonfilmgeber im Fernseh-Senderaum in Betrieb.

Abreise des Führers von Wiesbaden

Wiesbaden, 23. März. Der Aufenthalt des Führers in Wiesbaden war bis zum letzten Augenblick vom Wetter außerordentlich begünstigt. Die Kunde von der Abreise des Führers am Samstag hatte sich in Wiesbaden mit großer Schnelligkeit verbreitet, so daß der Wagen des Führers, als er kurz nach 10 Uhr das Hotel verließ, sich nur langsam durch die dichten Menschenmassen fortbewegen konnte. Ausrecht stand der Führer im Wagen. Auch auf dem Erbenheimer Flugplatz bei Wiesbaden, wo die beiden Maschinen warteten, hatten sich zahlreiche Volksgenossen eingefunden. In freundlichen Worten sprach der Führer vor seiner Abfahrt nochmals den Vertretern der Stadt und der Kurdirektion seinen Dank für die schönen Tage aus, die er in Wiesbaden verlebte habe.

Kirchenbrand in Seiffenensdorf

Dresden, 23. März. In der Nacht zum Samstag brach in dem unmittelbar an der böhmischen Grenze gelegenen Ort Seiffenensdorf in der evangelischen Kirche ein Brand aus. Das Feuer ist wahrscheinlich im Gedäl des Dachstuhl ausgebrochen. Der Dachstuhl und das Innere der Kirche sind vollständig zerstört worden. Der Turm und das Mauerwerk hielten dem wütenden Element stand. Die Feuerwehren aus der ganzen Umgebung von dies- und jenseits der Grenze waren herbeigeeilt, so auch aus Warnsdorf und Rumburg. Die Seiffenensdorfer Kirche ist eine der ältesten und schönsten der sächsischen Oberlausitz. Die Kirche wurde zuerst 1348 urkundlich erwähnt. Das jetzige Gebäude ist im Jahre 1797 erbaut und 1896 gründlich erneuert worden.

Ausstellung „Das Wunder des Lebens“

Berlin, 23. März. In den Ausstellungshallen am Kaiserdamm wurde am Samstag nachmittag die große Ausstellung „Das Wunder des Lebens“ feierlich eröffnet. Unter den weit über 1000 Ehrengästen, die an der Eröffnungsfest teilnahmen, sah man u. a. Reichsinnenminister Dr. Fritsch, Reichsarbeitsminister Darré und Reichsarbeitsminister Selbte. Weiterhin waren zahlreiche ausländische Diplomaten, darunter der französische und der sowjetrussische Botschafter, erschienen.

Nach den Bräudchen von Franz von Pögg, die vom Symphonischen Orchester gespielt wurden, nahm Bürgermeister Dr. Marek das Wort zu einer Begrüßungsansprache. Er dankte dem Reichsinnenminister für seine Bereitschaft, die Ausstellung zu eröffnen und gab eine kurze Darstellung über den Inhalt der großen Schau.

Reichsinnenminister Dr. Fritsch führte u. a. aus: Er habe der Bitte, die Schirmherrschaft über die Ausstellung zu übernehmen, um so lieber entsprochen, als er von der Absicht gehört habe, der Ausstellung „Das Wunder des Lebens“ einen bewußt anderen Rahmen als bisher üblich zu geben. Der Sinn des Lebens als eine Aufgabe, die jedes irdische Wesen zu erfüllen habe, und der auch der Mensch als „Krone der Schöpfung“ sich nicht ungefragt entziehen könne und dürfe, das sei es, was in dieser Ausstellung sich aus dem Gesich des Lebens entwickeln solle. Der Mensch müsse wieder lernen, daß auch er nur ein Teil der Natur selbst ist. Er solle seine Ueberheblichkeit ablegen und sich selbst als ein Glied der großen Volksgemeinschaft fühlen, die ihn dazu verpflichtet, verantwortlich an der Erfüllung seiner eigenen Lebensaufgabe mitzuwirken, nämlich das gesunde Erbgut der Vorfahren zu erhalten und es in der ununterbrochenen Kette der Geschlechter rein weiterzugeben. Eine solche Auffassung vom Leben sei der Kern nationalsozialistischer Weltanschauung. Die Bearbeiter der Ausstellung seien vor allem bemüht gewesen, das frische, ferngejunge, pulsierende Leben in allen seinen Erscheinungen festzuhalten. Dr. Fritsch wies dann auf die Bedeutung der Vererbung und der Rassenlehre hin, die weiten Kreisen der Bevölkerung durch den Kampf des Führers klar geworden sei. Er begrüße auch diese Ausstellung als ein Mittel der Aufklärung und der Erziehung, der Gesundheit und Rassenreinheit zum selbstverständlichen Allgemeinut des Volkes zu machen. Den wissenschaftlichen und praktischen Erfahrungen folgend, würden die Maßnahmen zur Verhütung erbkrankter Nachwuchs ausgebaut und ergänzt werden. In jedem Stadt- oder Landkreis würden, so kündigte der Minister an, Beratungsstellen für Erb- und Rassenpflege entstehen, die von jedermann zunächst freiwillig in Anspruch genommen werden können. Es werde aber eine gezielte Regelung des Austausches von Ehezeugnissen folgen, damit erbkrankte Personen auch tatsächlich von der Heirat abgehalten werden können. Dr. Fritsch erinnerte sodann an die Bestrebungen der Reichsregierung zur Förderung der Familie und stellte fest, daß die Familie auch in der Ausstellung als Keimzelle des menschlichen Daseins eine gebührende Würdigung findet.

Geheimrat Duisberg zur letzten Ruhe gebettet

Verstorbener, 23. März. Unter harter Anteilnahme aller Kreise wurde am Freitag nachmittag der Vorsteher des Aufsicht- und Verwaltungsrates der IG Farbenindustrie, Geheimrat Duisberg, zur letzten Ruhe beigelegt. Mit dem Trauermarsch aus der Groika wurde die eindrucksvolle Trauerfeier eingeleitet. Generalinspektor Dr. Schöfeler lag dann noch einmal das Lebensbild des Heimgegangenen in bewegten Worten erleben. Nach einem Sopran solo „Sei getreu bis in den Tod“ zeichnete Geheimrat Bosh noch einmal die wichtigsten Etappen aus dem arbeitsreichen Leben Duisbergs auf. Nach Geheimrat Bosh sprach der Vorsitzende des Direktoriums der IG Farbenindustrie, Dr. Kühne, der dem Toten namens des Direktoriums und der Werkangehörigen Dank für seine Liebe zum Werk und seine Sorge für alle sagte, die mit ihm zusammengearbeitet. Dann rief noch ein Mitglied der Gefolgschaft dem Verstorbenen ein letztes Lebewohl zu und gedachte in dankbaren Worten der selbstlosen Fürsorge Duisbergs für seine Gefolgschaft.

Nach einem Ausruf des Bürgermeisters der Stadt Wiesdorf-Verstorbener sprach für die Reichsregierung Ministerialrat M. L. L. L., der im Namen der Reichsregierung dem Manne, der als Idealer Organisator und Baumeister in vorderster Linie der Männer gestanden habe, die den stolzen Bau der chemischen Industrie geschaffen hätten, einen letzten Abschiedsgruß zurlief. Tiefempfundene Worte fand Generaldirektor Dr. Bögl für die, die betrauert seien, das große Erbe des Toten anzutreten. Gefolgt von einem tiefen Trauerzug wurde dann Karl Duisberg durch das endlose Spalier, das die Gefolgschaft der verschiedensten IG-Werke auf den Straßen bildete, zu seiner letzten Ruhestätte geführt.

Militärische Einberufungen in Italien

Italien über 560 000 Mann

Rom, 24. März. In größter Aufmachung veröffentlicht die römische Presse im Rahmen der Berichterstattung über die Feier des 16. Gründungstages der faschistischen Kampfbünde die Rede Mussolinis und die Mitteilung über die Einberufung der ganzen Jahressklasse 1911, von der bekanntlich bei der Mobilisierung der beiden nach Ostafrika entsandten Divisionen bereits ein kleiner Teil eingezogen worden ist. In kurzen Kommentaren wird die Einberufung der Jahressklasse in Zusammenhang gebracht mit der Unsicherheit der gegenwärtigen internationalen Lage. Uebereinstimmend hatten die Abendblätter in ihren Kommentaren zu Beginn davon gesprochen, daß zur Zeit drei Klassen mit rund 800 000 Mann unter den Waffen ständen. Diese Angabe wurde dann in einer späteren Ausgabe des halbamtlichen „Giornale d'Italia“ folgendermaßen berichtigt: „Zur Zeit stehen rund 160 000 Mann unter den Waffen. Anfang April treten die neuen Rekruten der Jahressklasse 1911 mit 240 000 Mann in Dienst. Die Einberufung der Jahressklasse 1911 wird insgesamt zu einem weiteren Effektivbestand von 160 000 Mann führen. In der ersten Hälfte des April wird also das italienische Heer über mehr als 560 000 Mann verfügen.“

Vondon, 24. März. Die Einberufung der ganzen Jahressklasse 1911 durch Mussolini und seine Erklärung über den auf eine Million Millionen Stahlbajonette gegründeten Frieden bilden das Hauptthema der Abendpresse und wurden als „draßlicher Schritt“ am Vorabend der beginnenden internationalen Verhandlungen bezeichnet. Es wird hervorgehoben, daß die italienische Maßnahme die Stärke des italienischen Heeres auf 660 000 Mann bringt.

Die Kleine Entente schattete sich ein

Titulescu fährt nach Paris

Bukarest, 24. März. Außenminister Titulescu fuhr am Sonntag nach Paris. Unterwegs traf er in Belgrad mit Zeitlich und in Preßburg mit Beneß zusammen. Wie sich befragt, ist der Hauptzweck der Reise Titulescus das Zuhandbringen einer gemeinsamen Stellungnahme der Staaten der Kleinen Entente und des Balkanbundes zu der Lage, die durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland entstanden ist. Titulescu ist offensichtlich fest entschlossen, mit allen Mitteln zu verhindern, daß das deutsche Beispiel bei Ungarn und Bulgarien Schule macht. Titulescu hat bereits die bulgarischen Vertreter dieser beiden Staaten über seine Ansichten nicht im Zweifel gelassen. Ungarn und Bulgarien könnten sich nach seiner Meinung schon rechtlich nicht auf den gleichen Standpunkt stellen wie Deutschland, da sie ihre Gleichberechtigung nicht wie Deutschland im Rahmen von internationalen Abmachungen festgelegt hätten. Außerdem habe Deutschland im Gegenzug zu diesen beiden Staaten keinerlei gewalttätige Revisionsabsichten territorialer Art angemeldet. Hinsichtlich Österreichs nimmt die Kleine Entente grundsätzlich den gleichen Standpunkt ein wie

gegenüber Ungarn und Bulgarien, ohne jedoch unmittelbar interessiert zu sein.

Völkerbundsrat am 15. April

U n k a r a, 24. März. Laut Mitteilung der Anatolischen Tel.-Agentur hat der derzeitige Völkerbundspräsident Tschowit Kuschiu Aras dem Genfer Generalsekretariat seine Entscheidung mitgeteilt, den Völkerbundsrat auf den 15. April einzuberufen, also nach der Konferenz von Streja und den anderen geplanten Besprechungen.

Neue polnische Verfassung vom Sejm angenommen

W a r s a u, 24. März. Der polnische Sejm hat in den frühen Morgenstunden des Sonntags nach stundenlangem Aussprache die neue polnische Verfassung mit 260 gegen 139 Stimmen der nationalen, bäuerlichen und sozialistischen Opposition angenommen. Die nationalen Kinderheiten nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Die Anwesenheit der gesamten Regierung mit dem Ministerpräsidenten Kossowski an der Spitze, die vollbesetzten Logen der Diplomaten kennzeichneten die Bedeutung der Sitzung. Der Vizemarschall des Sejm, Car, gab als Ausschuss-Berichterstatler die einleitenden Erklärungen über die neue Verfassung ab, die eine Periode der polnischen Geschichte abschließt und eine neue beginne, in der nicht mehr Parteinteressen und Parteizürlichkeiten auf das politische Geschehen einwirken dürfen.

Die Erklärungen der Vertreter des Pilsudski-Lagers waren durchweg kurz gehalten. Infolge der zahlreichen und langen Reden der Opposition zog sich jedoch die Sitzung stundenlang hin. Bis zum letzten Augenblick hatte die Opposition gehofft, das Pilsudski-Lager werde an der juristischen Schwierigkeit scheitern, daß die neue Verfassung mit einer Zweidrittel-Mehrheit angenommen werden müsse, über die das Pilsudski-Lager nicht verfügt. Im Pilsudski-Lager vertrat man jedoch den Standpunkt, daß zur endgültigen Verabschiedung der Verfassung auch die einfache Mehrheit ausreichen würde. Die Durchschiebung der neuen Verfassung dürfe nicht von einigen Abgeordnetenstimmen abhängig gemacht werden.

Die Redner der Oppositionsparteien, Nationaldemokraten, Bauernpartei und Sozialisten, brachten ihren Unmut darüber zum Ausdruck, daß das Pilsudski-Lager Polen eine neue Verfassung gibt, die den Zustand in feste Rechtsformen bringt, der als „Mera Pilsudski“ seit 1926 sich entwickelt hat. Vor allem wurde die Rechtsgültigkeit der ersten Annahme des Verfassungsentwurfes am 26. Januar 1933 bestritten, da damals weder die Zahl der Abgeordneten noch die qualifizierte Mehrheit festgestellt worden sei. Bis zu welcher Schärfe sich die Debatte steigerte, zeigte die Rede Trompynski, der nicht nur bemängelte, daß das Wort „polnische Nation“ in der neuen Verfassung nicht vorkomme, sondern der von einer Bewegung der Oligarchen herrschend und von einer Streichung der Bürgerrechte sprach, um schließlich zu behaupten, die neue Verfassung trage den Stempel der Unehrllichkeit an der Stirn.

Nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses setzte bei den Abgeordneten des Regierungsblochs starker Beifall ein, während die Opposition lärmende Rundgebungen veranstaltete.

Konzentrationskabinett in Belgien

B r ü s s e l, 24. März. Der Vizegouverneur der Nationalbank, van Zeeland, ist vom König mit der Neubildung der Regierung beauftragt worden. Van Zeeland hat den Auftrag angenommen. Einige Mitglieder des Kabinetts Theunis werden auch dem Kabinett von Zeeland angehören. Die neue Regierung wird sich aus Persönlichkeiten der drei großen Parteien, aus Katholiken, Liberalen und Sozialisten, zusammensetzen. Die neue Regierung wird den Charakter eines Konzentrationskabinetts haben, das seine Aufgaben ausschließlich in der Erfüllung bestimmter wirtschaftlicher Aufgaben sieht. Van Zeeland ist 44 Jahre alt. Er gehörte dem letzten Kabinett de Broqueville als Minister ohne Portefeuille und Sachverständiger für Währungs- und Finanzfragen an.

Großer Erdgasausbruch bei Wien

W i e n, 22. März. Auf einer großen Bohranlage der New European Gas and Electric Co. in der Nähe von Enzersdorf bei Wien ereignete sich ein heftiger Erdgasausbruch, der die Bohranlage zum Teil zerstörte und riesige Mengen Erdgas mehrere hundert Meter hoch schleuderte. Die 15 Mann starke Belegschaft konnte sich noch im letzten Augenblick retten.

Selbstfliegerzug in Oakland (Kalifornien)

K e n n e d y, 23. März. Wie aus Oakland gemeldet wird, ist das amerikanische Selbstfliegerzeug, das zu einem längeren Weidungsflug längs der Küste des Stillen Ozeans gestartet war, nach neunzehnhundert Stunden Flugzeit glatt gelandet. Während des Fluges hatte es ungefähr 400 Meilen von der Küste entfernt ein Zusammenreffen mit dem von Honolulu kommenden Dampfer „Mariposa“. Die ursprüngliche Absicht, das Flugzeug nach Honolulu fliegen zu lassen, konnte nicht ausgeführt werden, da die Maschine nur 5000 Liter Brennstoff an Bord hatte, die zwar für einen Flug von 2200 Meilen, jedoch nicht für die 2408 Meilen bis Honolulu gereicht hätten. Bei dem Selbstfliegerflug handelt es sich übrigens um ein Landflugzeug.

Lokales

W i l d b a d, 25. März 1935.

Sonntagsrückfahrkarten. Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Aus Anlaß der Konfirmation und Erstkommunionfeiern werden über die Sonntage 24. und 31. März und 7. April innerhalb des Bezirks der Reichsbahndirektion Stuttgart Sonntagsrückfahrkarten nach allen Orten ausgegeben, wo solche Feiern stattfinden. Die Karten gelten zur Hinfahrt schon von Samstag 0 Uhr an, zur Rückfahrt wie üblich. Ferner werden an Orten, wo Konfirmations- oder Erstkommunionfeiern stattfinden, an den Montagen 25. März, 1. und 8. April innerhalb des Bezirks der Reichsbahndirektion Stuttgart Sonntagsrückfahrkarten nach Bahnhöfen im Umkreis von 75 Kilometer ausgegeben, soweit fertiggedruckte Sonntagsrückfahrkarten aufliegen. Diese Karten gelten an den genannten Montagen von 0 Uhr bis 24 Uhr. Vom 24. bis 31. März findet in Saarbrücken eine Werbewoche für saarländische Industrieerzeugnisse statt. Zur Erleichterung und Förderung des Besuches der Werbewoche werden von allen Bahnhöfen im Umkreis von 300 Kilometer von Saarbrücken Sonntagsrückfahrkarten nach Saarbrücken ausgegeben.

Mariä Verkündigung. Mit dem Feste Mariä Verkündigung am 25. März begeht die Kirche eines der ältesten Feste überhaupt. In den alten Zeiten wurde es als Vorkfeier zum Weihnachtsfest am 18. Dezember begangen,

im 7. Jahrhundert wurde es auf den 25. März verlegt. Mariä Verkündigung ist zum Gedenken an die Jungfrau Mariä eingeleitet. Heute ist Mariä Verkündigung nur mehr ein kirchlicher Feiertag. Der 25. März gilt als ein Wettertag. Man sagt: Mariä Verkündigung verkündet den Frühling, jagt aber den Winter noch nicht davon. Es kann noch sehr kaltes Wetter kommen, denn: „So viele Tage vor Mariä die Frösche quaken, so viele Wochen müssen sie nachher schweigen“. Auch heißt es: „Friert es in der Marien-nacht, so friert es noch 40 Tage“. Ist aber der Tag Mariä Verkündigung heiter und schön, so läßt sich sagen: „It's Marien schön und rein, wird das Jahr sehr fruchtbar sein.“ Die Tage werden jetzt ganz merklich länger, ein alter Spruch, nimmt darauf Bezug: „Mariä Verkündigung bläst das Licht aus. St. Michael (29. September) zündet es wieder an.“ An Mariä Verkündigung sollen auch die Schwalben wieder kommen. Ein frommer Brauch ist es ferner, an diesem Tage auf dem Acker die erste Frucht zu ziehen. Nicht vergessen sei schließlich, daß an Mariä Verkündigung früher das Gefinde wie an einem Los- und Terminstag seine Stelle wechselte, und daß die Pachtzinjen bezahlt wurden.

Württemberg

„Ja, ja, meine Schwaben!“

Stuttgart, 24. März. Anlässlich des ganz Stuttgart in freudiger Begeisterung vernehmenden Besuches unseres Führers ereignete sich nach der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ folgende nette Begebenheit: Die beste und preisgekrönte Platte, die von den Junglöwen beim Reichsberufswettbewerb in Stuttgart in heiligem Bemühen hergestellt worden war, überbrachten drei WdM.-Mädels im Auftrag der Junglöwe dem Führer. Auf seine Frage, was sie ihm da brächten, meinten die Mädels: „Ja, ehbes zom Eß!“ Der Führer war sichtlich erfreut und gerührt über die Zeichen von Anhänglichkeit und äußerte sich sehr lobend über die Arbeit unseres Koch-Nachwuchses und meinte: „Ja, ja, meine Schwaben!“ Einen schöneren Preis für ihre Arbeit hätten sich die jungen Köche und Kämpfer im Reichsberufswettbewerb nicht wünschen können, als das Lob ihres Führers.

Württembergischer Malertag

Stuttgart, 24. März. Unter außergewöhnlich starker Beteiligung aus dem ganzen Lande fand der 30. württ. Malertag statt. Bei einer Arbeitstagung teilte der Vorsitzende des Landesverbandes, Obermeister Fröh, mit: Am 1. April 1933 seien es in Württemberg 870 organisierte Mitglieder gewesen, am 1. Januar 1934 2466 und am 1. Oktober 1934 3400 Mitglieder. Im ganzen seien heute 341 Betriebe in der Organisation gemeldet. In weiteren Ausführungen behandelte der Vorsitzende die um der Ehre des deutschen Handwerks willen zu fordernde Qualitätssicherung und die Durchführung einer einheitlichen Meisterprüfung. Weiterhin wandte er sich gegen die Schmutzkonzurrenz.

Im Ausstellungsgebäude des Landesgewerbemuseums fand die Eröffnung der Maler-Fachausstellung statt. Der Fachberater für Handwerkskultur beim Württ. Malerbund, Hürtle, begrüßte die Gäste. Dr. Grefsch vom Vorstand des Landesgewerbeamts erinnerte an die mannigfachen Schwierigkeiten, die gerade das Malerhandwerk in den letzten Jahren durchzumachen hatte und betonte, daß es Zweck und Ziel der Ausstellung sei, Verständnis und Interesse für das Malerhandwerk zu wecken. Wirtschaftsminister Professor Dr. Lehmann gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Ausstellung als Ansporn zu weiterer Leistungssteigerung dienen und die Auftraggeber von der Qualitätsarbeit des Malerhandwerks überzeugen möge.

Bei dem Festakt am Sonntag begrüßte der Landesverbandsvorsitzende Fröh 1200 Lehrlinge, 2000 Gesellen und 2500 Meister des gesamten württembergisch-hohenzollerischen Landes sowie Vertreter von Partei u. Stadt. Obermstr. Wetter-Stuttgart hielt einen Vortrag über „Das Malerhandwerk in Stuttgart vom 14. Jahrhundert bis in die heutige Zeit“. Der stellv. Landeshandwerksmeister, Handwerkskammerpräsident Dempel, überbrachte die Grüße des Landeshandwerksmeisters. Der Vorstand der Bauabteilung des Finanzministeriums, Präsident Kuhn, überbrachte die Grüße der von ihm vertretenen Behörden. Der 30. württ. Malertag wurde beschlossen durch verschiedene gesellige Zusammenkünfte.

Familientragödie. In einem Hause der Alexanderstraße wurden am Samstag morgen eine 27 Jahre alte Frau und ihre beiden Kinder im Alter von 7 Jahren und 5 Wochen im Schlafzimmer mit Gasvergiftungen aufgefunden. Während durch die Anwendung des Sauerstoffapparates die beiden Kinder wieder zum Bewußtsein gebracht werden konnten, war bei der Frau der Tod bereits eingetreten. Es liegt Selbstmord und Mordverfuch vor.

Verkehrsunfall. In der Ulmerstraße fuhr ein Personenkraftwagen gegen einen Lastkraftwagen. Bei dem Aufprall erlitt der 24 Jahre alte Lenker des Personenkraftwagens unbedeutende Schnittwunden; die 23 Jahre alte Beifahrerin wurde dagegen so schwer verletzt, daß sie noch im Laufe der Nacht im Krankenhaus Bad Cannstatt den erlittenen Verletzungen erlag.

Calw, 24. März. (Tödl. Unfall.) Auf dem Bahnhof Wildberg ereignete sich nachts ein verhängnisvoller Unglücksfall. Beim Rangierdienst verunglückte der 48jährige Zugführer Andreas Schnauffer von hier tödlich.

Sindelfingen, 23. März. (Tom Eilzug überfahren.) Auf der Bahnstrecke Böblingen-Stuttgart wurde am Donnerstag nachmittag in der Nähe von Rohr am Bahnwartposten 20 das 2 Jahre alte Kind Margarethe des Bahnunterhaltungsarbeiters Hilgenrainer vom Eilzug 293 tödlich überfahren. Das Kind hatte an einem Sandhaufen gespielt und lief in dem Augenblick über den Bahndamm dem Bahnwarthaus zu, als der Zug heranbraute. Es gelang dem Zugführer, den keine Schuld trifft, den Zug 200 Meter weiter zum Stehen zu bringen, worauf das Kind von der herbeieilenden Mutter geborgen wurde. Das Kind war bereits tot.

Unterboihingen O.A. Mürtingen, 23. März. (Ungl. auf der Autobahn.) Einem Erdarbeiter wurden an der Baustelle „Königener Höhe“ durch einrutschende Erdmassen beide Beine abgedrückt.

Waihingen a. G., 23. März. (Betriebsunfall.) Abends ereignete sich in einer hiesigen mechanischen Werkstatt ein schwerer Betriebsunfall. Ein Arbeiter hatte ein Arbeitsstück falsch in die Drehbank eingespannt, so daß das Stück während der Arbeit herausflog und dem Arbeiter an den Kopf schlug. Der Arbeiter wurde dabei so schwer verletzt, daß er kaum mit dem Leben davorkommen dürfte. Es wurde ihm u. a. die Schädelkapsel ein- und ein Auge ausge schlagen.

Redarjulm, 23. März. (Doch noch gestorben.) Der Motorradfahrer Maier aus Baumerlenbach O.A. Dehrtingen, der auf der Strecke nach Kochendorf mit einem Motorrad zusammenstieß, ist im hiesigen Krankenhaus gestorben.

Heidenheim, 23. März. (Haushaltplan.) Der städtische Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1935/36 ist fertiggestellt. Obgleich der Gesamtzuschußbedarf gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 72 000 RM. erfährt, ist eine Reihe von Erleichterungen in den Steuerleistungen für die Einwohnerschaft vorgesehen: Der seitherige Umlage-satz von 17 Prozent auf Grundeigentum, Gebäude und Gewerbe soll um 1 Prozent gesenkt werden. Bei der Bürgersteuer tritt eine Senkung des bisherigen Bürgersteuersatzes von 500 auf 400 Prozent des Reichtumsjahres und damit eine Ermäßigung um 20 Prozent ein. Außerdem ist noch die Erhebung der Gemeindegetränkesteuer (auf Wein, Kaffee, Limonade, Mineralwasser) in Aussicht genommen. Der Wegfall dieser Steuer soll in vollem Umfange den Verbrauchern zugute kommen. Bei dem Tarif des städt. Gaswerkes ist eine Ermäßigung des Preises für das Raumheizen um 2 Pfg. je Kubikmeter vorgesehen. Mit dem Inkrafttreten der deutschen Gemeindeordnung am 1. April d. J. fallen die Teilgemeinden weg, so daß auch die bisherige Teilgemeinde Aufhausen ihre Selbständigkeit verliert. Ein Erlass des Innenministeriums betrifft die Zuruhelegung des Stadtvorstands, Oberbürgermeister Jaekle, der am 30. April 1935 kraft Gesetzes in den Ruhestand tritt.

Esingen, 23. März. (Todesfall.) Der Besitzer des Musikhauses Zehle, Johannes Zehle, ist im 54. Lebensjahr gestorben. Der Verstorbene ist der Sohn des früher hier tätig gewesenen Stadtpfarrers D. Friedrich Zehle, der heute noch in Degerloch bei Stuttgart lebt. Johannes Zehle, der seit sieben Jahren linksseitig gelähmt war und eine schwere Leidenszeit durchmachen mußte, entfaltete in früheren Jahren eine überaus reiche musikalische Tätigkeit, die ihn im ganzen württembergischen Lande herumführte und seinen Namen weit hin bekannt machte.

Kottweil, 23. März. (Verurteilter Betrüger.) Das Schöffengericht hat den verheirateten Gottlieb Dief von Trossingen wegen eines fortgesetzten Verbrechens des Betrugs und gewinnlühiger Urkundenfälschung zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus und 100 RM. Geldstrafe verurteilt.

Oberndorf a. N., 23. März. (Frevelhafter Diebstahl.) In der Nacht auf Mittwoch wurde von zunächst unbekanntem Personen auf die Eisenbahnhöfen der Strecke zwischen Aftaig und Oberndorf ein Straßenwärterkarren gelegt. Vor Durchfahrt des ersten Zuges wurde von vorübergehenden Arbeitern das Hindernis bemerkt und beseitigt. Den Nachforschungen der Landjägerbeamten von Oberndorf ist es jetzt gelungen, als Täter zwei hier beschäftigte Arbeiter zu ermitteln, die in der Nacht auf ihrem Heimweg von Aftaig aus Uebermut den Karren auf die Gleise springen ließen. Bei den Tätern handelt es sich um 20jährige Burken aus Reutlingen.

Der Sport vom Sonntag

Fußball-Ergebnisse des Sonntags

Endspiel um den Bundespokal

In Berlin: Brandenburg — Mitte 0:2 (0:1)

Punktepiele der süddeutschen Gaue

Gau Württemberg:

1. ESV Ulm — VfB Stuttgart 1:3

Sportfreunde Stuttgart — Ulmer FC 94 3:0

Stuttgarter Kickers — SpV. Göppingen 6:0

Gau Baden:

SpV. Redarau — Freiburger FC 3:0

Gau Bayern:

1860 München — Schwaben Augsburg 1:0

FC. Augsburg — SpVgg. Weiden 1:1

MSV Nürnberg — Wader München 1:1

Verantwortlich: Druckerei- und Verlagsanstalt Wildbader Tagblatt, Wildbader Tagblatt, Wildbader Tagblatt (Zsb. Zb. 1935) 2.35 770

Druckarbeiten

Verlangen Sie Preisangehote

FÜR PRIVAT:	Besuchskarten Verlobungs- und Hochzeits-Karten Trauerkarten und -Briefe
FÜR HANDEL GEWERBE INDUSTRIE:	Briefbogen, Rechnungen Quittungen, Prospekte Wein- und Speisekarten Lieferscheine, Rundschreiben
FÜR VEREINE:	Mitgliedskarten Eintrittskarten Programme, Satzungen Festbücher, Liedertexte usw.

liefert kurzfristig und in sauberer Ausführung

Wildbader Tagblatt

1 Sofa und 2 Bettladen Familiendrucksaachen zu verkaufen. Frau Biernow jeder Art liefert in kürzester Frist Wildbader Tagblatt.

Stadt Wildbad i Schw.

Die Hundehalter

werden auf die Pflicht zur An- und Abmeldung ihrer Hunde in der Zeit vom 1.—15. April ds. Js. aufmerksam gemacht. Näheres ist aus dem Anschlag am Rathaus ersichtlich.

Wildbad, den 25. März 1935.

Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung betr. Hausgeflügel u. Tauben.

Nach ortspolizeilicher Vorschrift ist Hausgeflügel so zu verwahren, daß es auf fremden Gärten und Feldern keinen Schaden anrichten kann. Das Laufenlassen der Hühner und anderen Geflügels auf den Straßen ist verboten.

Zur Zeit der Saat sind Tauben eingesperrt zu halten.

Wildbad, den 23. März 1935.

Bürgermeisteramt.

